

Informationsvorlage

Tarifabschluss 2018 für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes; Auswirkung auf den Kreishaushalt 2018

Die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA), der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat und die Gewerkschaften Verdi und dbb-Tarifunion haben sich auf einen Tarifabschluss für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen verständigt.

Die (vorläufige) Tarifeinigung sieht im Schwerpunkt eine Gehaltssteigerung in drei Stufen von insgesamt 7,51 % bei einer Laufzeit von 30 Monaten (bis 31.08.2020) vor. Durchschnittlich erhöht sich das Tabellenentgelt rückwirkend ab 01.03.2018 um effektiv 3,19 %, ab 01.04.2019 um 3,09 % sowie ab 01.03.2020 um 1,06 %. Dabei werden die Gehaltstabellen für die einzelnen Berufsgruppen zum Teil komplett überarbeitet und neu geordnet. Durch diese Neustrukturierung der Entgelttabellen, insbesondere durch die überproportionale Erhöhung der Einstiegsgehälter in den Entgeltgruppen, ist es gelungen Kommunen als Arbeitgeber für Fachkräfte attraktiver zu machen. Außerdem erhalten alle Beschäftigten der unteren Entgeltgruppen 1 bis 6 mit Wirkung zum 01.03.2018 eine pauschale Einmalzahlung von 250 Euro. Für alle Auszubildenden wurde für 2018 und 2019 ein Plus von je 50 Euro monatlich und darüber hinaus einen zusätzlichen Urlaubstag (30 statt 29 Urlaubstage) vereinbart.

Da, wie erwähnt, anders als bisher üblich, keine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte sondern eine Neustrukturierung der Tabellenentgelte vorgenommen wurde, lässt sich derzeit eine genaue Auswirkung der Tarifeinigung nicht veritabel beziffern. Wird eine durchschnittliche Erhöhung ab 01.03.2019 von 3,19 % zu Grunde gelegt, sowie die Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro für die EG 1 - 6 ergibt sich eine ungefähre Erhöhung von rund 510.000 €.

Im Rahmen der Haushaltsplanung für 2018 wurde im Bereich der tariflich Beschäftigten bereits eine Tariferhöhung von 2,5 % (rd. 377.000 €) berücksichtigt, so dass im Vergleich zur Planung Mehraufwendung von ca. 133.000 Euro nach dem aktuellen Stand zu erwarten sind.

Für den Bereich der Beamten wurde bei der Haushaltsplanung die Besoldungserhöhung von 2,35 % ab 01.01.2018 mit einem Betrag von rd. 99.000 Euro berücksichtigt.